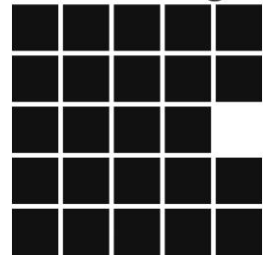


Stadt Erlangen



Miteinander

Jahresschlussrede 2016
von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik
8. Dezember 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzte Stadtratssitzung des Jahres bietet Raum, gemeinsam auf wichtige Entwicklungen des vergangenen Jahres zurückzublicken. Und sie ist eine gute Gelegenheit, Dank auszusprechen: Ich danke dem Kollegium der Referentinnen und Referenten sowie der gesamten Verwaltung für das Miteinander und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mein Dank gilt vor allem auch Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrats: Sie leisten einen großen Beitrag für die Demokratie. Sie unterstützen die Verwaltung mit Ihrer konstruktiven Kritik und geben wichtige Anregungen. In meinen Dank möchte ich aber auch alle Menschen einschließen, die sich im Ehrenamt, im Beruf oder als Unternehmer für das Miteinander in unserer Stadt einsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Sitzung des Jahres 2016 gedenken wir auch der Verstorbenen. Ich erinnere an den ehemaligen Bürgermeister und Träger des Goldenen Ehrenrings der Stadt, Gerd Lohwasser, der völlig unerwartet im Alter von 74 Jahren starb. Fast vier Jahrzehnte war er in der Kommunalpolitik aktiv, davon 24 Jahre als Bürgermeister. Er fehlt uns allen: als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker und als Mensch mit seiner ansteckenden Fröhlichkeit. Wir trauern um Martin Scheidig, den langjährigen Stadtrat und Träger der Bürgermedaille. Wegen seines Einsatzes für seinen Stadtteil wurde er „Bürgermeister von Bruck“ genannt.

Erinnern möchte ich auch an unseren mit 87 Jahren verstorbenen Ehrenbürger Hermann O. Franz. Wir haben mit ihm einen Menschen verloren, dessen berufliches und ehrenamtliches Wirken der Stadt Erlangen in hohem Maße zu Gute gekommen ist.

Erst in den vergangenen Tagen hatten wir wieder den Verlust von langjährigen Beschäftigten zu beklagen. Stellvertretend für aktive und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die im vergangenen Jahr von uns gegangen sind, erinnere ich an Helmut Schmitt, den langjährigen Leiter des Bürgermeister- und Presseamts. Den Genannten gilt, ebenso wie allen Verstorbenen aus Stadtgesellschaft und -verwaltung, unser ehrendes Andenken.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor drei Jahren hat die Siemens AG angekündigt, auf dem Forschungsgelände im Stadtsüden einen neuen, offenen Stadtteil errichten zu wollen. Morgen feiern wir die Grundsteinlegung am Siemens-Campus. Eine der größten Stadtverwandlungen in der Nachkriegszeit nimmt Form an. Der Ausbau des Siemens-Campus ist nach dem Baubeginn am Healthineers-Hauptquartier das zweite eindruckliche Bekenntnis des Weltkonzerns zum Standort Erlangen. Das Bebauungsplanverfahren für die beiden ersten Module wurde – für ein Projekt dieser Größenordnung – in äußerst kurzer Zeit durchgeführt. Das zeigt, wie Stadtverwaltung und Stadtrat über Parteigrenzen hinweg miteinander nachdrücklich an der Weiterentwicklung unserer Stadt und unseres Wirtschaftsstandorts arbeiten.

Der Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Erlangen geht weiter: Heute haben wir über die Vorhaben der Max-Planck-Gesellschaft und des

Universitätsklinikums beraten. Miteinander haben wir signalisiert, dass wir die Ansiedlung weiterer Spitzenforschungseinrichtungen nach Kräften unterstützen wollen. Erlangen ist Zentrum einer Wissenschaftsregion mit internationaler Ausstrahlung und Anziehungskraft.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen auch, dass die Verlagerung von Siemens in den Stadtsüden viele neue Herausforderungen mit sich bringt: Wir brauchen eine Verkehrsinfrastruktur, die die Stadt und Region fit für die Zukunft macht. Und wir brauchen neue Impulse für die Innenstadt. Mit der Gründung des Zweckverbands Stadt-Umland-Bahn haben wir nach dem Bürgerentscheid im März die Planungen für dieses leistungsfähige und umweltfreundliche Verkehrssystem endlich aufs Gleis gesetzt. Und wir geben auch der Innenstadt neue Impulse. Bauverwaltung und Kulturreferat haben in enger Zusammenarbeit die Entwurfsplanung für den neuen Kultur- und Bildungscampus Frankenhof (KuBiC) vorgelegt. Im nächsten Jahr können bereits die Arbeiten für dieses neue kulturelle Zentrum in der Innenstadt beginnen.

Darüber hinaus haben Verwaltung und Stadtrat intensiv an der Bewerbung für die Landesgartenschau 2024 gearbeitet. Im Mai kam die Zusage der Bayerischen Landesgartenschau-Gesellschaft. Jetzt können wir die Weiterentwicklung des Großparkplatzes zu einem neuen Stadtquartier gemeinsam mit den Erlangerinnen und Erlangern vorantreiben. Und wir können wichtige Erholungsflächen in der Nähe der Innenstadt schaffen.

Die Zahl der Menschen in unserer Stadt wächst – und damit auch der Druck auf Grünanlagen und Freizeitflächen. Erlangen ist eine grüne Stadt, doch es gibt vergleichsweise wenige nutzbare Freizeitflächen. Die Landesgartenschau bietet die Möglichkeit, die Nutzung des Landschaftsschutzgebiets Regnitzgrund neu zu ordnen. Sensible Bereiche sollen ökologisch aufgewertet und besser geschützt und andere besser zugänglich gemacht werden. So können wir mehr Lebensqualität schaffen und gleichzeitig diesen wichtigen ökologischen Raum stärker schützen.

Dieses Projekt ist eine Chance für mehr Lebensqualität in unserer Stadt weit über 2024 hinaus. In den Vorbereitungen zur Landesgartenschau 2024 nehmen wir die ganze Stadt in den Blick. Wie bei den bekannten Erlanger Grünausstellungen in den 80er Jahren wollen wir bei der Vorbereitung auf die Gartenschau alle Grünflächen attraktiver gestalten. Vor allem aber bietet die Landesgartenschau zentrale Voraussetzungen, um auch in der Nordstadt neue Perspektiven zu eröffnen. Bereits in den 70er Jahren haben der Bau des Neuen Markts, des Rathauses und Siemens Mitte eine Südverlagerung bewirkt. Damals waren die Abkehr von der autogerechten Stadt und die Altstadtsanierung die mutige Antwort. Heute sind die Entwicklung der Regnitzstadt und die Aufwertung innenstadtnaher Grünflächen eine wichtige Antwort auf diese Herausforderungen. Ohne Frage: Beide Projekte müsste man auch ohne Landesgartenschau angehen. Denn sie sind für die Stadtentwicklung zentral. Aber die Vorbereitung Landesgartenschau ist die Chance, die Prozesse zu bündeln, zu beschleunigen und nicht zuletzt auch Fördermittel zu erhalten.

Bei den Planungen nehmen wir die Menschen in unserer Stadt von Anfang an mit – denn ein Erfolg wird das Projekt nur im Miteinander. In diesem Jahr hat sich ein prominenter Freundeskreis aus der Bürgerschaft zur Unterstützung des Projekts gebildet und wir haben bereits vielfältig informiert. 2017 beginnt das Wettbewerbsverfahren, mit dem unter breiter Einbeziehung der Bürgerschaft die Ideen für das Gelände entwickelt werden sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch bei einem der drängendsten Themen in unserer Stadt sind wir weiter vorangekommen: Der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir treiben den Wohnungsbau in einer abgewogenen Entwicklung von Innen- und Außenflächen in unserer Stadt massiv voran. Allein die städtische GEWOBAU will in den kommenden fünf Jahren in Erlangen 1.000 neue Wohnungen schaffen. Wir weisen Neubaugebiete beschleunigt aus und unterstützen Bauprojekte privater Träger nach Kräften. Wenn alle Projekte wie geplant realisiert werden, könnten – so schätzt das Stadtplanungsamt aktuell – in den nächsten fünf Jahren insgesamt 3.600 neue Wohnungen entstehen.

Doch es geht nicht um Quantität. Es geht darum, dass wir den vielen Menschen, die sich bei der Wohnungssuche an uns wenden, schnell helfen können. Es geht darum, Stadtviertel zu schaffen, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen miteinander gut leben. Und es geht darum, mehr Lebensqualität und mehr Miteinander zu schaffen. Denn gerade das Bauen in bestehenden Wohngebieten bietet die Möglichkeit, durch die geschickte Anordnung die Belastung durch Verkehrslärm zu vermindern und attraktive und belebte Grünflächen zu schaffen. Lebensqualität in den Stadtvierteln bedeutet aber auch, die soziale Infrastruktur zu stärken. Überall dort, wo neuer Wohnraum entstehen soll, denken wir deshalb selbstverständlich auch die Schaffung von Kindertageseinrichtungen und Spielplätzen mit. Zudem investieren wir derzeit in den Stadtteilen in einem Ausmaß in den Neubau von Sportstätten, wie es in den letzten 15 Jahren nicht mehr getan wurde. Das neue Freibad West können wir bereits zu Beginn der kommenden Badesaison in Betrieb nehmen.

Klar ist aber auch: Dort, wo sich das Lebensumfeld von Menschen verändert, kommt es auch zu Konflikten. Das ist nur zu verständlich – und gerade durch die vielfältigen Beteiligungsformen, die wir in den Prozessen anbieten, werden sie sichtbar. Und ich möchte nicht darum herumreden: Nicht überall gelingt es, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Bedürfnisse der Anwohner in Ausgleich zu bringen. Im Rückblick ist das Wohnbauprojekt an der Paul-Gordan-Straße ein solches Beispiel. An vielen anderen Stellen, etwa in der Housing-Area, ist es aber gelungen, im Laufe des Prozesses durch eine intensive Einbindung der Menschen neues Vertrauen zu gewinnen und miteinander für mehr bezahlbaren Wohnraum und einen besseren Stadtteil zu arbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im zurückliegenden Jahr ist es gelungen, mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Gemeinsam haben wir ein ambitioniertes „Leitbild für gute Bürgerbeteiligung in Erlangen“ erarbeitet, das die Verwaltung nun Schritt für Schritt umsetzt. Bürgerinnen und Bürger werden zudem in den Stadtteilen stärker beteiligt: Im Stadtteil Anger/Bruck hat der erste Stadtteilbeirat seine Arbeit aufgenommen, die weiteren Stadtteile sollen im kommenden Jahr folgen.

Die Verwaltung hat bereits große Kompetenzen zum Thema Bürgerbeteiligung aufgebaut. Und trotzdem bilden sowohl die Verwirklichung des Leitbilds als auch die Begleitung der Stadtteilbeiräte Herausforderungen. Es geht darum, Projekte frühzeitig transparent darzustellen und klar zu kommunizieren, ob und in welchem Rahmen Bürgerbeteiligung möglich ist. Es geht darum, Beteiligungsformate auszuprobieren und sich gegenseitig auch Fehler in Prozessen zuzugestehen. Beteiligung ist aber auch eine Herausforderung für uns als gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten und für die Bürgerinnen und Bürger: Es ist unsere Aufgabe, das Miteinander der Stadt im Blick zu haben und Entscheidungen zu ermöglichen, die das Wohl möglichst vieler Menschen berücksichtigen. In Beteiligungsprozessen spielen gut organisierte Interessen ebenso eine Rolle wie die Belange von Menschen, die sich nicht in Initiativen organisieren, sich beispielsweise wegen ihrer persönlichen Lebenssituation hilfeschend an die Stadt wenden. Unsere Aufgabe ist es, diese unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse sichtbar zu machen und in Austausch zu bringen.

Ich habe bereits vielfach betont: Beteiligung heißt nicht Konsens, Beteiligung heißt auch nicht das Vermeiden von Konflikten. Beteiligung heißt vielmehr, miteinander nach guten Lösungen zu suchen.

Beteiligung ist ein Teil von mehr Teilhabemöglichkeiten, von mehr gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Der „ErlangenPass“ wurde zu Beginn dieses Jahres eingeführt und an über 5.000 Menschen ausgegeben. Wir freuen uns über den Erfolg des Projekts. Die große Akzeptanz des ErlangenPasses ist aber auch Verpflichtung, denn es wird deutlich, wie viele Menschen auf Grund ihrer sozialen Lebenssituation ausgeschlossen sind. Deshalb muss es auch in Zukunft unser Ziel sein, mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Den Sozialbericht 2015 hat die Stadt erstmals in neuer Form vorgelegt: Denn neben der statistischen Auswertung haben wir auch Stellungnahmen des Erlanger Ratschlags für soziale Gerechtigkeit abgedruckt. Der Bericht soll aber nicht Papier bleiben, sondern Konsequenzen haben. Beim Thema Langzeitarbeitslosigkeit haben wir nun beispielhaft gezeigt, wie das geschehen soll: Denn in die Ausarbeitung von Handlungskonsequenzen wurden nicht nur Sozialverbände einbezogen, sondern auch Langzeitarbeitslose, als die Betroffenen selbst. Betroffene zu Beteiligten zu machen, um miteinander nach Lösungen zu suchen: Darum geht es bei kommunaler Sozialpolitik! Das werden wir nun – beginnend mit dem Bereich Wohnen – für weitere Themen fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Erlangen verwandelt sich und wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Wir leben in einem Land, das von großem Wohlstand gekennzeichnet ist. Und wir leben in einer prosperierenden Region. Dennoch ist der Blick auf das vergangene Jahr nicht ungetrübt.

2015 sprach ich an dieser Stelle von den Umwälzungen in der Welt: von den Terroranschlägen in Paris, von den Fluchtbewegungen, die aus Kriegen und aus sozialer Ungleichheit resultieren; ich sprach aber auch vom erstarkenden Rechtspopulismus und Nationalismus in Europa. Der Blick auf die Welt am Ende des Jahres 2016 fällt nicht beruhigender aus. In Russland und in der Türkei agieren die Präsidenten offen autoritär. Welche Auswirkungen die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten haben wird, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Doch wir alle spüren das Unbehagen angesichts eines in bislang ungekannter Weise von Populismus, Rassismus und Sexismus geprägten Wahlkampfes in dieser wichtigen Demokratie. Die Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Brexit lässt zudem auch das Friedensprojekt europäische Einigung nicht mehr unumkehrbar erscheinen. Die Wahlen in Österreich haben gezeigt, dass der Aufstieg der Rechtspopulisten nicht unaufhaltsam sein muss. Dennoch blicken wir mit Sorge auf die Entwicklungen in Polen und Ungarn, vor allem aber auch auf die bevorstehenden Wahlen in Frankreich.

In dieser Situation ist es auch nicht gelungen, in den von Kriegen und Unruhen erschütterten Ländern Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen. Die grausamen Bilder, beispielsweise aus Syrien, erreichen uns täglich. Die massiv gesunkene Zahl von Flüchtlingen, die in unser Land kommen, erkaufen wir mit neuer Abschottung. Angesichts der Lage in der Welt kann und wird das keine dauerhafte Lösung sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in unserem Land gibt es Entwicklungen, die zu Sorge Anlass geben, denn unsere liberale Demokratie wird von politisch und religiös motivierten Extremisten angegriffen. Deutschland erlebte im vergangenen Jahr erstmals zwei islamistisch motivierte Anschläge, Rechtspopulisten feiern Wahlerfolge und die Zahl von Anschlägen auf Asylbewerber ist massiv gestiegen. Wir alle bemerken eine veränderte Diskussionskultur, die von bislang für unmöglich gehaltenem Hass geprägt ist. Und wir erleben ein bis weit in die Mittelschicht verbreitetes Misstrauen gegen die Institutionen unserer liberalen und sozialen Demokratie.

Wir müssen uns selbstkritisch fragen: Wie konnte das Misstrauen gegen die Institutionen der liberalen Demokratie so groß werden? Welche Rolle spielen die Erfahrungen von gesellschaftlicher Ungleichheit und die Ausgrenzung von vielen Menschen im politischen Handeln? Denn tatsächlich haben in der gesellschaftlichen Diskussion erst die Herausforderungen, die mit der Integration der Flüchtlinge einhergehen, den Blick auf eine Vielzahl sozialer Probleme gelenkt, die zu lange ausgeblendet wurden. Schon lange war bekannt, dass wir in den Ballungszentren mit

steigender Wohnungsnot zu tun haben. Wir wissen schon lange, dass unser Bildungssystem zu selektiv ausgerichtet ist und Ungleichheit produziert. Es ist ein Fehler aller politisch Verantwortlichen, dass diese Themen so lange nicht ausreichend beachtet wurden.

Die Integration der Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, gehört zu den großen Herausforderungen der Zukunft. Jetzt geht es darum, zu zeigen, dass von einem Miteinander in Vielfalt alle profitieren können und dass wir es ernst meinen mit sozialer Gerechtigkeit. „Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, verleugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche“, sagt der Soziologe Heinz Bude in seinem Buch „Gesellschaft der Angst“ treffend. Wir haben die Chance, eine gerechtere Stadt und eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen. Das ernsthafte Bemühen um Integration von Flüchtlingen ist auch die Chance, für die lange vernachlässigten Menschen in unserer Gesellschaft mehr Teilhabe zu erreichen: Durch bezahlbaren Wohnraum, durch inklusive Bildungsangebote und durch mehr Teilhabe. Überwinden wird die Angst und schaffen wir miteinander das hier vor Ort Mögliche!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

2016 ist ein widersprüchliches Jahr: Kommunal betrachtet ist es ein Jahr vieler wichtiger Weichenstellungen und Erfolge, in globaler Perspektive jedoch auch ein Jahr der Verunsicherung. Doch es ist auch ein Jahr der Hoffnung: Denn nicht nur negative Emotionen bestimmen die Politik, sondern nach wie vor auch die große Empathie und Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Tausende Menschen engagieren sich nach wie vor auch in der Flüchtlingshilfe – allem Gerede von einer Überforderung unserer Gesellschaft zum Trotz. Nicht nur destruktive Kritik an politischen Institutionen spielt eine Rolle, sondern auch der Wunsch, unsere liberale Demokratie weiterzuentwickeln. An diese Kräfte können wir anknüpfen, wenn wir unsere Stadt weiterentwickeln.

„Eine freie, säkulare, demokratische Gesellschaft ist etwas, das wir lernen müssen. Immer wieder“, sagte die Publizistin und Philosophin Caroline Emcke, als sie den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt. Und sie fährt fort mit einer Erläuterung, wie dieses Lernen bewerkstelligt werden kann: „Im Zuhören aufeinander. Im Nachdenken über einander. Im gemeinsamen Sprechen und Handeln.“

Wenn wir diese Überlegungen ernst nehmen, kommt kommunaler Politik in Zeiten der Verunsicherung noch größere Bedeutung zu. Denn dass sich politische und staatliche Institutionen ernsthaft um sie und ihre alltäglichen Sorgen kümmern, um geeignete Lösungen ringen und das Miteinander stärken wollen, können Bürgerinnen und Bürger am ehesten vor Ort merken. Und vor Ort kann es gelingen, deutlich zu machen, wie wir von Vielfalt profitieren. Miteinander zu ermöglichen heißt, diese unterschiedlichen Interessen, die an die Stadt herangetragen werden, abzuwägen, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und den Ausgleich zu suchen. Lassen Sie uns in diesem Sinne auch 2017 am Miteinander in Erlangen arbeiten.